



RUMÄNIEN IM BLICKPUNKT

>> Focus România <<

Analysen / Informationen / Hintergrundberichte

Politischer Kurzbericht

Staatspräsident Basescu durch Referendum im Amt bestätigt

Dr. Holger Dix

Landesbeauftragter der KAS für Rumänien

21.5.2007

75 Prozent der Rumänen haben sich nach dem vorläufigen Wahlergebnis im Referendum am 19. Mai 2007 gegen die Amtsenthebung des rumänischen Staatspräsidenten Traian Basescu und damit für Basescu als Staatspräsident entschieden. Bei einer Wahlbeteiligung von 44 Prozent erhielt Basescu damit ca. 1 Millionen Stimmen mehr als bei seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Jahr 2004. Das Amtsenthebungsverfahren war der einstweilige Höhepunkt der politischen Krise Rumäniens, aus der Basescu nun gestärkt hervorgeht.

Das Verfahren war am 17.1.2007 von den Sozialdemokraten gemeinsam mit der Partei Großrumäniens (PRM) eingeleitet worden. Eine Parlamentarische Untersuchungskommission stellte zunächst 19 Verstöße des Staatspräsidenten gegen die Verfassung fest und begründete damit die Suspendierung. Am 17.4.2007 veröffentlichte das Verfassungsgericht eine Stellungnahme zu den Ergebnissen der Untersuchungskommission und hielt darin fest, dass Staatspräsident Basescu in seiner Amtsführung nicht gegen die Verfassung verstoßen habe. Nach dieser Stellungnahme musste das Parlament innerhalb von 24 Stunden über die Suspendierung abstimmen.

Das rumänische Parlament stimmte dann am 19.4.2007 trotz dieser Stellungnahme des Verfassungsgerichts für die Suspendierung von Staatspräsident Traian Basescu. Dafür stimmten 322 der 469 Abgeordneten von Senat und Abgeordnetenhaus, dagegen stimmten

108. Zehn Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Demokratische Partei (PD), die in beiden Kammern über insgesamt 72 Abgeordnete verfügt, sowie die Liberaldemokratische Partei PLD, die über insgesamt 26 Abgeordnete verfügt, stimmten offen gegen die Suspendierung. Mit dem Votum des Parlaments wurde der Staatspräsident suspendiert. Gemäß Verfassung musste anschließend innerhalb von 30 Tagen ein Referendum erfolgen, in dem die rumänische Bevölkerung über die endgültige Absetzung des Staatspräsidenten entscheidet.

Die Wahlkampagne zum Referendum war von einem hohen Grad an Personalisierung geprägt, insbesondere der Infragestellung der persönlichen Integrität des suspendierten Staatspräsidenten, während Fragen der politischen Leistungsbilanz oder politischer Programmatik in den Hintergrund gedrängt wurden. Der suspendierte Präsident wurde in seiner Kampagne direkt von der Demokratischen Partei (PD) und der Liberaldemokratischen Partei (PLD) sowie indirekt durch die Partei Neue Generation (PNG) und der Christlich Sozialen Volksunion (UPSC) unterstützt. Für die Suspendierung engagierten sich die Sozialdemokratische Partei (PSD), die Liberale Partei des Premierministers (PNL), die Vereinigung der Ungarischen Minderheit (UDMR), die Großrumänische Partei (PRM) sowie die Konservative Partei (PC). Der Christdemokratische Bauernpartei (PNTCD) rief zum Boykott des Referendums auf.

Beide Lager forderten im Wahlkampf ein neues Politikverständnis der handelnden Akteure. Basescu verknüpfte diesen Anspruch mit der Forderung nach der Einführung einer Direktwahl der Parlamentsabgeordneten, um diese stärker in die politische Verantwortung zu nehmen. Die Gegner Basescus forderten eine Verfassungsänderung mit dem Ziel, die Position des Staatspräsidenten zu schwächen, um so autoritären Auswüchsen der Machtausübung entgegenzuwirken.

Den Schwerpunkt der Kampagne Basescus bildeten Großveranstaltungen zur Demonstration der eigenen Stärke. In den rumänischen Großstädten Bukarest, Constanta, Cluj, Craiova und Iasi beteiligten sich zwischen jeweils 15.000 bis 40.000 Personen an diesen Events und demonstrierten die breite Unterstützung der Bevölkerung. Außerhalb Rumäniens fanden Unterstützungsveranstaltungen in Paris, London, Brüssel, Hamburg, München, Berlin, Montreal, Toronto, New York, Washington, Madrid, Castellon und Rom statt.

Die Kampagne der Basescu-Gegner fußte ebenfalls auf teilweise parallel durchgeführten Großveranstaltungen, die allerdings weniger zahlreich besucht wurden. Beide Lager nutzen die stark politisierten Medien für ihre Zwecke.

Auffällig waren die rüde Sprache und die heftigen persönlichen Angriffen gegen den jeweiligen politischen Gegner. Basescu stellte sich als Kämpfer gegen eine Gruppe von Oligarchen dar, die über Politik ihre privaten wirtschaftlichen Interessen verfolgen würden. Die Gegner Basescus warfen diesem vor, als Staatspräsidenten autoritär und undemokratisch zu agieren, machtdurstig zu sein und ausschließlich im eigenen Interesse zu handeln.

Das Referendum wurde nach Ansicht von Wahlbeobachtern ohne größere Fälle von Wahlbetrug durchgeführt, nachdem es im Vorfeld die Befürchtung gab, es würde zu massiven Wahlfälschungen kommen. Die rumänische Nichtregierungsorganisation Asociația Pro Democratia (APD) beobachtete mit insgesamt 2300 freiwilligen Helfern die Wahlen und bemängelte anschließend deren schlechte Organisation und fehlende Kapazitäten. Insgesamt liefen bei APD 2.000 Hinweise auf Unregelmäßigkeiten ein. Als problematisch erwies sich

die Entscheidung, die Wahlen an einem Samstag durchzuführen, wodurch vielen Beschäftigten wie auch den Mitgliedern einiger Kirchen das Wählen erschwert wurde.

In Reaktion auf das Wahlergebnis erklärte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Mircea Geoana, die niedrige Wahlbeteiligung würde Staatspräsident Basescu nicht das Recht geben, sich auf eine breite Unterstützung durch die Bevölkerung zu berufen. Premierminister Calin Popescu-Tariceanu erklärte seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Basescu „der rumänischen Bevölkerung zuliebe“. Die Rumänen hätten Basescu mit dem Referendum eine zweite Chance gegeben. Basescu erklärte nach dem Referendum, er sehe in dem Ergebnis eine deutliche Unterstützung für sein Projekt der Modernisierung von Politik, insbesondere durch die Änderung der Verfassung und die Einführung von Direktwahlen. Er sehe sich durch das Wahlergebnis in den Bemühungen zur Reform der Justiz, des Gesundheitswesens, der Lustrationsgesetzgebung und der Dezentralisierung bestätigt. An das Parlament gerichtet appellierte er an die Kooperationsbereitschaft der Abgeordneten, die nun dem Ergebnis des Referendums Rechnung tragen müssten.

Nach dem Referendum wird zunächst das Verfassungsgericht die Gültigkeit der Wahl überprüfen und seine Entscheidung dann an das Parlament leiten, welches in einer gemeinsamen Sitzung von Senat und Abgeordnetenhaus die Entscheidung bestätigen muss.

Ausblick

Das Referendum bietet keine Lösung für die politischen Grundkonflikte des Landes. Die gegenwärtige Regierung aus Liberalen und der Ungarischen Minderheit verfügen im Parlament nur über 22 Prozent der Sitze und kann nur aufgrund der Duldung durch die Sozialdemokraten regieren. Von den Initiatoren des Amtsenthebungsverfahrens hat im Anschluss an das Referendum niemand die politische Verantwortung für das Scheitern übernommen, was leider stilprägend für die rumänische politische Kultur zu sein scheint. Es ist daher auch nicht davon auszugehen, dass das Parlament, welches mit großer Mehrheit und entgegen der Stellungnahme des Verfassungsgerichts für die Suspendierung des Staatspräsidenten gestimmt hat, sich nun Neuwahlen stellen wird. Allerdings dürfte das herausragende Ergebnis für Basescu Bewegung in die Parteienlandschaft bringen. Sehr wahrscheinlich ist das Auseinanderbrechen der illustren Koalition von Befürwortern der Suspendierung. Diese hatte Parteien zusammengeführt, die – wie beispielsweise die Großrumänische Partei und die Partei der Ungarischen Minderheit UDMR - ansonsten als beinahe verfeindet betrachtet werden müssen.

In den Meinungsumfragen hat das Lager der Basescu-Gegner deutlich an Unterstützung durch die Bevölkerung verloren. Die Liberale Partei ist in den vergangenen zwei Monaten von 13 auf 7 Prozent abgerutscht. Das Auseinanderbrechen der Demokratischen Allianz und die Suspendierung des Staatspräsidenten haben dieser Partei geschadet. Sie wird ihre Rolle als führende Partei einer Minderheitenregierung dauerhaft nicht festigen können. Die Sozialdemokratische Partei PSD fiel ebenfalls in den vergangenen zwei Monaten in der Wählergunst, und zwar von 22 auf 17 Prozent. Als wesentlicher Initiator des Referendums müsste die Führung dieser Partei um den Vorsitzenden Geoana die Verantwortung für das Scheitern übernehmen.

Gewinner des Referendums sind neben Staatspräsident Basescu diejenigen politischen Parteien, die ihn unterstützt haben. Die im Jahr 2006 aus Abtrünnigen der PNL gegründete Liberaldemokratische Partei hatte sich während der Kampagne zum Referendum hinter Staatspräsident Basescu gestellt. Dieses führte in den Umfragen zu einer Verdoppelung der

Unterstützung auf 6 Prozent. Die PLD dürfte freilich nicht zu einer Dauerpartei werden. Die Wahrscheinlichkeit einer Fusion mit der Demokratischen Partei hat durch die klare Positionierung der PLD im Amtsenthebungsverfahren zugenommen. Die Demokratische Partei, parteipolitische Heimat des suspendierten Staatspräsidenten, hat in den vergangenen zwei Monaten in der Wählergunst einen erheblichen Zuwachs um 10 Prozent auf nunmehr 39 Prozent erfahren. Die PD ist damit der parteipolitische Gewinner dieses Referendums. Freilich wird die PD nur dann Kapital aus der jetzigen Situation schlagen können, wenn ihr das Schmieden neuer Koalitionen gelingt. Denkbar wäre das Entstehen einer neuen Mitte-Rechts-Koalition unter Einschluss der Christlich Sozialen Volksunion unter dem Vorsitzenden Ioan Talpes sowie der in den Umfragen starken, aber ebenfalls noch nicht im Parlament vertretenen Partei Neue Generation (PNG) des Geschäftsmannes und Präsidenten des Fussballclubs Steaua Bukarest, George Becali. Becalis programmatische Selbstverortung als Christdemokratische Partei bedarf allerdings einer kritischen Analyse.